



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Montag, 29.06.2026
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:37 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Ordentliches Mitglied - Ausschuss

Stefan Broschell

Vertretung für:
Werner Jens
Holzhausen

Thomas Czesky

Peer Giesecke

Werner Jens Holzhausen

abwesend

Matthias Juricke

Sven Reimer

Michaela Schreiber

Reinhard Schulz

Bürgermeisterin

Wiebke Sahin-Connolly

Verwaltung

Tessa Grune

Amtsleiter(in) Kämmerei

Jörn Perlick

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Eva Briesenick

Tagesordnung

Öffentlicher Teil **19:00 Uhr**

- 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil **20:15 Uhr**

- 13 Beratung von Beschlussvorlagen
- 13.1 Abschluss einer Planungsvereinbarung über den Ausbau der B96 054/26
- 13.2 Zustimmung zum Zuteilungsentwurf im Bodenordnungsverfahren für das Gebiet "Christinendorf, Verf. Nr. 300212" 012/26
- 13.3 Doppelhaushaltssatzung 2026/2027 der Stadt Zossen 064/26
- 14 Schließung der Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

19:00 Uhr

1 Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende, Frau Şahin-Connolly, um 19:00 Uhr eröffnet.

2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder

Es nehmen folgende Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil:

Herr Reimer
Frau Leisten

3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den acht stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind 8 anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

4 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

5 Bericht aus der Verwaltung

Frau Şahin-Connolly:

Herr Perlick verlässt uns zum 01.08.2026. Ich schätze die Zusammenarbeit mit Herrn Perlick sehr. Herr Perlick wird in der Stadtverordnetenversammlung dabei sein. Die Stelle wird neu ausgeschrieben, bis dahin übernimmt Frau Reitz die Stelle als Kämmerin.

Herr Perlick:

Ich komme aus Schulzendorf und dort wurde die Stelle ausgeschrieben. Die Diskussion im politischen Gremium ist hier sehr schwer und die Angriffe und Unterstellungen gegenüber der Verwaltung unerträglich.

Frau Şahin-Connolly:

Für mich ist wichtig, dass wir die Kontinuität in der Verwaltung bewahren. Die Leistung von Herrn Perlick kann sich sehen lassen.

6 Einwohnerfragestunde

Online Frage- Thomas Meyer:

Wie gehen Sie damit um, dass ein Abwahlverfahren ins Rollen gebracht wird? Wie sieht die aktuelle Feuerwehrsatzung aus, die man jetzt verändern möchte.

Frau Şahin-Connolly:

Es ist ein demokratisches Mittel. Sollte es von der SVV als legitim betrachtet werden, dann stelle ich mich dem Votum der Bürger. Ich gebe jeden Tag mein Bestes. Ich bin sehr stolz auf die Verwaltung und das Rathausteam, wie wir die Themen umsetzen. Ich bedanke mich bei all meinen Mitarbeitern. Wir haben ein gutes Prozessmanagement. Jeder Bürger muss sich über mich eine eigene Meinung bilden. Die Feuerwehrsatzung ist veröffentlicht. Wir möchten die Gebührensätze für Einsätze gemeinsam mit der Stadtwehrführung an die aktuelle Preissituation anpassen. Die Effizienz der Kameraden durch den Einsatz neuer Technik ist gestiegen. Vor der SVV muss die Änderung durch die Ortswehren mitgetragen werden.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Juricke:

Wer sitzt im Podium? Ich hätte eine Vorstellung erwartet.

Frau Şahin-Connolly:

Das werden wir tun, so wie wir zu dem Tagesordnungspunkt kommen.

Frau Leisten:

Von wem stammt die Onlinefrage?

Frau Şahin-Connolly:

Von Thomas Meyer

GO-Antrag Herr Giesecke:

Wäre es möglich Tagesordnungspunkte vorzuziehen?

Frau Şahin-Connolly:

Nein, das geht nicht. Frau Schreiber wurde angeboten, ihre Fragen schriftlich einzureichen. Da keine Fragen zum Haushalt eingegangen sind, lagen für TOP 13.3 keine weiteren Fragen vor.

Es findet eine Pause von 19:11 Uhr bis 19.30 Uhr statt, um den nicht öffentlichen Teil herzustellen.

Öffentlicher Teil

20:15 Uhr

13 Beratung von Beschlussvorlagen

13.1 Abschluss einer Planungsvereinbarung über den Ausbau der B96 054/26

Von der Tagesordnung genommen.

13.2 Zustimmung zum Zuteilungsentwurf im Bodenordnungsverfahren für das Gebiet "Christinendorf, Verf. Nr. 300212" 012/26

Herr Haase (Bürgermeister der Stadt Trebbin) stellt den anwesenden Einwohnern und Ausschussmitgliedern die Beschlussvorlage vor.

Frau Schreiber erhält eine Ermahnung.

Frau Schreiber:

Sie meinten, dass die Bewirtschaftung schwierig ist, ob es in einer Gemarkung ist oder nicht. Das ist nicht so. Der Eigentümer einer Fläche, hat einen zusammenhängendes Eigentumsrecht und Ackerflächen. Für die Feldbewirtschaftung ist es egal. Am Christinendorfer Grenzgraben ist für die Stadt Trebbin hinter der Ackerfläche ein vorhandenes Windkraftgebiet. An unserer Gemarkungsgrenze zu Nunsdorf sind drei Anlagen blau im Genehmigungsverfahren. Sie haben vor, das Gebiet noch weiter zu erweitern, auf die andere Straßenseite und mit Solar zu verdichten. Was ist noch vorgesehen? Inwieweit ist Nunsdorf dann noch weiter betroffen?

Herr Haase:

Es heißt Windvorranggebiet. Diese werden im Teilregionalplan Wind festgelegt und wird durch die Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming beschlossen. Wir haben ein festgelegtes Gebiet, in dem Windvorranggebiete ausgewiesen werden. Das ist eine Entscheidung, die nicht die Stadt Trebbin getroffen hat. Es wurde die Entfernung von 1.100 m von den Ortschaften genutzt. Auch wir haben die Windräder bekommen. Es

ist keine PV-Anlage geplant, sondern ein Freiflächensolarkonzept. Südlich des Waldes, Richtung Gadsdorf, gab es ein B-Plan-Antrag. Es ist ein weiteres Verfahren nördlich der Landesstraße von Nunsdorf nach Märkisch Wilmersdorf. Abgelehnt wurden in Thyrow zwei PV-Anlagen. Der Gemarkungstausch ist innerhalb der 2,5 km. abgelehnt worden.

Frau Şahin-Connolly:

Der Beschluss regelt die Neuregelung der Grundstücke in den einzelnen Gemarkungen.

Frau Schreiber:

Bei einer Ausweisung durch den Regionalplan für Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt ist es so: Wenn wir die Gemarkungsgrenze verschieben, von Christinendorf, Richtung Nunsdorf, dann ist dort eine größere Fläche für Windkraftanlagen zu Verfügung. Ist es nicht Ihre Aufgabe, die Interessen der Nunsdorfer zu schützen und keine Flächen abzugeben, wenn die Windkraftanlagen dann noch dichter heranreichen? Ich finde 1.250 m Abstand zur Wohnbebauung nach Nunsdorf zu wenig. In der eigenen Planung der Stadt sind es mindestens 1.500 m. Ist es nicht Ihre Aufgabe, eine Zustimmung zum Bodenordnungsverfahren vorzulegen und uns nicht zu sagen, dass damit die Interessen der Nunsdorfer beeinträchtigt werden?

Frau Şahin-Connolly:

An der Gemarkungsgrenze ändert sich nichts. Die Abwägung hat in dem Bereich stattgefunden. Wir haben keinen eigenen Plan für Windenergie. Wir übernehmen die Windvorranggebiete aus dem Regionalplan, so wie es der Beschluss der SVV vorsieht.

Herr Juricke:

Wurde der Ortsbeirat Nunsdorf dazu angehört?

Frau Şahin-Connolly:

Der Ortsbeirat ist in der Vorberatung.

Herr Giesecke:

Wie breit ist die Teilfläche?

Herr Haase:

Das müsste im Geoportal ausgemessen werden. Der geplante Neubestand von Christinendorf und Nunsdorf ist dort berücksichtigt. Wenn es nicht gemacht wird, bleibt es in den alten Grenzen. Die schmalen Flurstücke bleiben dann vorhanden. Es hat keine Auswirkungen auf Windkraftanlagen.

Herr Giesecke:

Das interessiert mich nicht, ob es 10 m oder 12 m sind. Es würde keine Auswirkungen auf die betroffenen Bürger haben. Wir sollten zustimmen.

Herr Czesky:

Der Ortsbeirat interessiert mich auch. Die Felder werden bewirtschaftet. Es macht Sinn, eine Grenze am Graben zu haben.

Frau Şahin-Connolly:

Es macht einen Unterschied, auf welchem Flur und in welcher Gemarkung man tätig ist. Spätestens wenn Agrarförderanträge gestellt werden.

Namentliche Abstimmung:

Frau Şahin-Connolly - Ja
Herr Reimer - Ja
Herr Schulz - Ja
Herr Czesky - Ja
Herr Giesecke - Ja
Frau Schreiber - Nein
Herr Juricke - Nein
Herr Broschell - Ja

6/2/0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vom Umlegungsausschuss aufgestellten Zuteilungsentwurf für das Bodenordnungsverfahren „Christinendorf, Verf. Nr. 30012“ gemäß § 66 Baugesetzbuch (BauGB) zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte gemäß den gesetzlichen Vorgaben durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	2	0

13.3 Doppelhaushaltssatzung 2026/2027 der Stadt Zossen 064/26

Herr Perlick und Herr Kommer stellen den anwesenden Einwohnern und Ausschussmitgliedern die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation vor.

- Ergebnishaushalt und mittelfristige Ergebnisplanung 2026 bis 2029
- Konsolidierungsmaßnahmen Aufwendungen
- Personalaufwendungen
- Stellplanübersicht
- Optimierung bei der Unterhaltung der Gebäude
- Transferaufwendungen
- Konsolidierungsmaßnahmen Erträge
- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Hundesteuer
- Ertragsorientierte Konsolidierungsansätze
- Einsparungen bei den freiwilligen Aufgaben
- Anpassung Ortsteilbudget
- Finanzhaushalt
- Liquiditätsplanung 01/2026 bis 12/2026
- Erhöhung Kassenkreditrahmen von 40 Mio. € auf 55 Mio. €
- Zinseinnahmen und -ausgaben
- Aufteilung Sondervermögen 4,2 Mio. €
- Nordumfahrung Dabendorf
- Nordumfahrung Dabendorf – Bebauungsplan
- Nordumfahrung Dabendorf – Übersichtsplan
- Nordumfahrung Dabendorf -Weiteres Vorgehen

- Pflichtige Baumaßnahmen
- Freiwillige Baumaßnahmen
- Investitionsübersicht

Herr Giesecke:

Ich beziehe mich auf die Finanzierung der Nordumfahrung. Um Fördermittelmittel zu bekommen, muss doch die Finanzierung über die Jahre in Form von Verpflichtungsermächtigungen dargestellt werden. Wie wird das haushälterisch dargestellt?

Frau Şahin-Connolly:

Darauf wird sich die Kommunalaufsicht beziehen. Wir werden Mittel beantragen. Das ist die Auflage der Kommunalaufsicht, um das Thema Nordumfahrung Dabendorf zu gewährleisten.

Herr Giesecke:

Der Antrag ist nicht bei uns?

Frau Şahin-Connolly:

Nein. Das sind externe Gelder. Wir benötigen die Genehmigungsplanung der Nordumfahrung. Diese gibt es erst mit Satzungsreife. Mit der Genehmigungsplanung geht der Antrag raus, danach können die Vergaben im Hauptausschuss vorgenommen werden. Es wird eine Auflage seitens der Kommunalaufsicht sein, dass wir die Nordumfahrung über den gemeinsamen Finanzierungspool finanzieren müssen. Wir werden dafür keinen Investitionskredit aufnehmen.

Herr Juricke:

Sie möchten bis 2029 die Hundesteuer verdreifachen. Wer kontrolliert das in Zossen, dass alle ihre Hunde anmelden? Das, was im April 2026 gesagt wurde, hätte im nicht öffentlichen Teil mit eingebracht werden können.

Frau Şahin-Connolly:

Sie hätten das im nicht öffentlichen Teil ansprechen können, wenn es noch Klärungsbedarf gibt. Es ist wichtig, wie die Bürger*innen belastet werden. Das ist im Vergleich mit anderen Kommunen vertretbar. Wir als Verwaltung können das nicht kontrollieren. Versicherungen benötigen eine Hundemarke, die es nur bei Registrierung bei uns gibt.

Herr Broschell:

Es handelt sich um eine Luxussteuer aus dem Mittelalter. Diese ist nicht mehr zeitgemäß. Elefanten und Pferde zahlen auch keine Steuer.

Frau Şahin-Connolly:

Pferde sind in einem Stall untergebracht und haben einen wirtschaftlichen Zweck. In der Stadt Zossen könnte über eine Pferdesteuer nachgedacht werden. Elefanten hält man im Zoo, wo eine Gewerbesteuer gezahlt wird.

Herr Reimer:

Wenn wir den Haushalt beschließen, haben wir automatisch die Satzung zur Hundesteuer und die Erhöhung des Kassenkredites oder würden wir separat eine Beschlussvorlage erhalten?

Frau Şahin-Connolly:

Die Beschlussvorlage für den Kassenkredit wurde im Finanzausschuss diskutiert und wird auch in der SVV behandelt. 2020 wurde bereits eine Anpassung der Hundesteuer im Haushaltssicherungskonzept vorgeschlagen. Die SVV entschied jedoch, die Hundesteuer nicht anzupassen. Es handelt sich erneut um einen

Vorschlag des Kämmerers.

Herr Reimer:

Sollte die Beschlussvorlage abgelehnt werden, wird dann gegenfinanziert? Wie stellt sich das im Haushalt dar, wenn die Hundesteuer und der Kassenkredit nicht erhöht werden?

Frau Şahin-Connolly:

Wenn der Kassenkredit abgelehnt wird, zahlt die Stadt sehr viel. Es ist dann kein Handlungsspielraum für die Stadt mehr. Die Hundesteuer wirkt sich im Ergebnishaushalt 2028,2029 ff. aus. Das Ergebnis ist dann nicht entsprechend dem Planansatz. Es kann dazu führen, dass wir länger im Haushaltssicherungskonzept sind. Es wäre marginal.

Frau Şahin-Connolly:

Frau Schreiber, ich hatte Ihnen mitgeteilt, dass Sie die Fragen schriftlich an Herrn Perlick stellen.

Herr Kaehlert:

Sie müssen konkrete Vorstellungen haben, wie Sie die 20 Mio. € mehr Gewerbesteuererinnahmen generieren. Woher kommen die Einnahmen? Wer wird in das Gewerbegebiet kommen?

Frau Şahin-Connolly:

Die Ertragskraft von halbfertigen Erzeugnissen zu fertigen Erzeugnissen in der Stadt Zossen wird sichtbar sein. Die Umsatzerlöse, die aus Immobilienverkauf und Eigentumswohnungen entstehen, werden versteuert. Die Unternehmen zahlen Gewerbesteuer. Bei der Nordanbindung sind es Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, die sich noch nicht in der Gewerbesteuer zeigen werden. Sie werden in Form von städtebaulichen Verträgen geprägt. Das wären dann Zahlen vom Sonderposten. Zuzug wirkt sich positiv auf Einkommensteuer und Schlüsselzuweisungen aus. Weitere Einzahlungen sind möglich. Wohngebiete werden fertiggestellt, am Königsgraben startet bald die Vermarktung.

Frau Schreiber:

Sie haben als Konsolidierungsmaßnahme eine Kürzung beim Ortsteilbudget vorgesehen. Das wurde vor ein paar Jahren schon einmal gekürzt, um einen extra Betrag für die Bürgermeisterin zu haben.

Frau Şahin-Connolly:

Das Ortsteilbudget wurde nicht gekürzt, um der Bürgermeisterin einen entsprechenden Fonds zur Verfügung zu stellen. Es wurde gekürzt, da wir ebenfalls in der Haushaltssicherung waren. Hier haben wir die gleichen Ansätze wie aus dem damaligen Haushaltssicherungskonzept. Die Summe wurde um 5.000 € gekürzt.

Frau Schreiber:

Sie haben bei dem Konsolidierungsblatt der Grundsteuer B mitgeteilt, dass diese von 290 auf 330 erhöht wird. Im Jahr 2028 und 2029 haben Sie 250.000 € mehr Einnahmen drin. Im Jahr 2030 sind es 500.000 € mehr Einnahmen. Für das Jahr 2020 planen Sie dann eine weitere Erhöhung auf insgesamt 370%. Wieso reden Sie nicht darüber und diskutieren das mit uns?

Frau Şahin-Connolly:

Wir gehen davon aus, dass die Hebesätze bei 330% stabil bleiben. Wir können mehr Einnahmen generieren, indem wir mehr Grundsteuer B erzielen. Auch hier ist der Punkt, welche Gewerbegebiete in der Entwicklung fertig sind und wie wir bis 2030 vom Bauturbo profitieren, diesen gibt es nur 2030. Es hat nichts mit der Erhöhung

des Hebesatzes zu tun.

Frau Schreiber:

Sie haben im Stellenplan mitgeteilt, dass Sie die vier FZE für die Kitas aufstocken. In der eigentlichen Verwaltung haben Sie bei den IST-Stellen 165 Stellen und als Vorschlag für den Haushalt 2026/2027 169 Stellen. Sie haben einen Aufwuchs in der eigentlichen Verwaltung um vier Stellen. Es wurde als Konsolidierungsmaßnahme mitgeteilt. Der Stellenplan aus dem Jahr 2020 hat 134 Stellen gehabt.

Frau Şahin-Connolly:

Es wurden Auszubildende mit übernommen. Mitarbeiter sind länger im Beschäftigungsverhältnis, dadurch steigen die Entgeltgruppen. Wir haben zusätzliches Personal im Ordnungsamt und im Gewerbeamt. Im Sitzungsdienst gab es auch eine weitere Vollzeitstelle. Eine Stelle, die aktuell im Bauamt nicht besetzt ist, wurde geschaffen. Im Bauhof gibt es aufgrund von Langzeiterkrankungen auch neue Stellenbesetzungen. Wir haben eine Praxisberatung in Vollzeit für unsere Kitas geschaffen, diese wurde vorher von einer Leitung im Ehrenamt übernommen. Die Sozialarbeiter wurden in Form eines Zuschusses aufgestockt.

Frau Schreiber:

Ich beziehe mich auf das Ergebnis. Es sind drei Stellen mehr in einer desolaten Haushaltslage. Sie haben 2,5 Stellen im Sitzungsdienst im Jahr 2019 übernommen.

Frau Şahin-Connolly:

Das stimmt nicht. Es gab eine Mitarbeiterin, die den Sitzungsdienst gemacht hat. Sie sehen nicht die Personenanzahlen, sondern die Stellenanteile. Es sind die Einheiten, die nach Stunden bemessen sind. Sie sollten die Entgeltänderungen in den einzelnen Gruppen berücksichtigen.

Herr Kaehlert:

Ich wünsche, dass wenn wir über eine Haushaltskonsolidierung sprechen, und Personalkosten gesenkt werden sollen, das nicht bei den Kitapersonal passiert, währenddessen Sie in der Verwaltung Personal aufstocken.

Frau Şahin-Connolly:

Den Ansatz verfolgen wir auch.

Herr Broschell:

Die Bürger sind finanziell angespannt. Es sollen alle Steuern erhöht werden.

Frau Şahin-Connolly:

Im Durchschnitt könnten es bei der Grundsteuer B ca. 17,50-20 Euro ausmachen. Es muss auch geschaut werden, wer diese Last trägt. Es sind keine Familien, die zur Miete wohnen. Vom Gesetz sind wir verpflichtet alle fünf Jahre die Hebesätze anzuschauen, im Rahmen der Grundsteuerreform. Es ist höchstens im Jahr 2028 greifbar.

Namentliche Abstimmung:

Frau Şahin-Connolly - Ja

Herr Reimer - Enth.

Herr Schulz - Ja

Herr Czesky - Ja

Herr Giesecke - Ja

Frau Schreiber - Nein

Herr Juricke - Nein

Herr Broschell - Nein

4/3/1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Doppelhaushaltssatzung 2026/2027 mit ihren Anlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	3	1

14 Schließung der Sitzung

Frau Şahin-Connolly schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:37 Uhr.

Im Orig. gez. Wiebke Şahin-Connolly
Vorsitz

Eva Briesenick
Protokoll